



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Hermann Imhof, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Alexander König, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann, Josef Zellmeier CSU**

Drs. 17/103, 17/624

Flüchtlingskatastrophen in Europa verhindern – kriminellen Schleppern das Handwerk legen!

Vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse vor Lampedusa fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich beim Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass alle geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung derartiger Katastrophen ergriffen werden.

Hierzu zählen nach Auffassung des Landtags insbesondere folgende Punkte:

- Der Dialog mit den Transitländern und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ist zu intensivieren.
- Die Ressourcen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind aufzustocken und deren Rettungsaufgaben weiter auszubauen. Bei Frontex-Operationen wurden in den vergangenen beiden Jahren fast 40.000 Menschenleben gerettet, was unterstreicht, dass die Agentur die EU-Mitgliedstaaten nicht nur beim Schutz der Außengrenzen, sondern auch bei der Seenotrettung erfolgreich unterstützt.
- Gegen die menschenverachtenden Schlepperbanden muss in Zukunft unter Koordination der EU noch schärfer vorgegangen werden.
- Mittel- und langfristig müssen durch eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern deutlich verbessert werden.

Der Landtag ist ferner der Auffassung, dass eine Aufnahme von noch mehr Asylbewerbern in Deutschland, etwa durch Einführung von EU-Verteilungsquoten, keine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der Schlepperaktivitäten ist; vielmehr würde das hiermit verbundene Signal zu einer Zunahme der Flüchtlingsbewegungen und damit auch zu einer weiteren Belebung des Schleppergeschäfts führen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident